

# ***Mitgliederversammlung Liberale Frauen***

## **Grußwort**

***Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB***

*Generalsekretärin der FDP Niedersachsen*

am 19. März 2011

14:00 – 16.00 Uhr

Liebe Vorsitzende der Liberalen Frauen Niedersachsen Silke Fricke,

Liebe Liberale Frauen Niedersachsens

Exakt heute vor 100 Jahren, am 19. März 1911, haben sich Frauen aus Deutschland, den USA, Dänemark und Österreich-Ungarn und der Schweiz zusammengefunden und den Frauentag gefeiert.

Eine der Hauptforderung dieser mutigen Frauen war das Wahlrecht, das bis dahin den Männern vorbehalten war. Mit Beginn der ersten Demokratie in Deutschland im Jahre 1918 wurde dieses Recht verwirklicht. Zudem wurde es den Frauen im gleichen Jahr möglich, das Abitur zu machen und an den Universitäten zu studieren.

In der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 kamen die politischen Forderungen in Artikel 109 Absatz 1 zum Ausdruck: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

Als am 23. Mai 1949 unser Grundgesetz verkündet wurde, stand dank der Mütter des Grundgesetzes (Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel) in Artikel 3 Absatz 2 der Satz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ 1994 kam ein weiterer Satz hinzu: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Bis heute sind diese Sätze ein ständiger Auftrag für Gesellschaft und Politik. Auf ihrer Grundlage war und ist es möglich, weitere Fortschritte in der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erreichen. Fortschritte, die wir bisher erreicht haben, sind zum Beispiel:

- dass Ehemänner seit 1958 den Arbeitsvertrag ihrer Frauen nicht mehr kündigen dürfen,
- dass Frauen seit 1970 Fußball spielen,
- dass Frauen seit 1976 bei der Heirat ihren Namen behalten dürfen,
- dass Frauen seit 1977 ohne Einverständniserklärung ihres Ehemanns erwerbstätig sein können,
- dass seit 1997 die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt ist.

All das waren Schritte zur Emanzipation der Frau.

Der Begriff „Emanzipation“ ist stark mit der Frauenbewegung und dem Internationale Frauentag verbunden. Er ist ein positiver Begriff, der zu Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung aufruft. Er ist auch in Zukunft ein Leitbegriff für die Frauenbewegung.

Doch gilt Emanzipation auch für Männer, denen es oftmals schwer fällt, eine Identität jenseits der Arbeit zu entwickeln, oder sich neben einer emanzipierten Frau ein eigenes emanzipiertes Männerbild zu geben.

Wir brauchen eine zukunftsfähige, vielfältige Gesellschaft mit einer sinnvollen Verknüpfung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen, in der alle Männer und Frauen ihre Kultur und Lebenswirklichkeit leben können.

Wir brauchen eine Vielfalt von Rollenbildung beider Geschlechter, die nach außen sichtbar gemacht wird, und in der alle ihre gewollte Rolle gleichberechtigt leben können. Hierfür bedarf es klarer liberaler Rahmenbedingungen. Diese erarbeiten wir in der FDP gerade in dem von mir geleiteten Programmforum zur Zukunft der Emanzipation.

Die Ergebnisse sollen dann im nächsten Jahr in unser neues Grundsatzprogramm einfließen. Ich wünsche mir, dass auch die Liberalen Frauen Niedersachsen Thesen und Vorschläge an mich richten, die in unseren Bericht an die Grundsatz-Kommission einfließen sollen.

Ich begrüße es, wenn Unternehmen freiwillig zu dem Entschluss kommen, eine Frauenquote in den Führungspositionen einzuführen. Das ist für mich im Hinblick auf die Zukunft der Unternehmen auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wir können es uns nicht leisten, hochqualifizierte Frauen nicht zu berücksichtigen.

Wir Liberale gehen davon aus, dass die Unternehmen in ihrem eigenen Interesse die Bestqualifizierten berufen. Und es ist abzusehen, dass die Unternehmen auf die Exzellenz weiblicher Führungskräfte vertrauen müssen, weil sie sich ansonsten selbst Chancen verbauen.

Zwar steigt die Erwerbsquote von Frauen seit Jahren kontinuierlich an und lag 2009 im Durchschnitt bei 69,8 %, womit sie deutlich über dem EU-Durchschnitt von 62 % war. Doch je nach Erhebungsform ist der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten bei nur 8 % bis 10 %. In Vorständen sind es sogar nur 1 % bis 3 %. In allgemeinen Leitungspositionen sieht es zwar etwas besser aus, aber mit einem Anteil von 30,8 % Frauen in diesen Positionen sind wir in Europa nur auf Platz 11.

Ich habe in meiner 30-jährigen Berufserfahrung gelernt, dass es für eine Frau ein langer und schwieriger Weg in eine Führungsposition sein kann, den ich den jungen Frauen gerne ersparen möchte. Ich habe auch gelernt, dass es manchmal mehr braucht als Vernunft, um Ziele umzusetzen. Wir Frauen brauchen auch Mut und Solidarität.

Ich denke, dass es in Deutschland noch nicht zu spät ist, einen vernünftigen Weg zu finden – ohne repressive Maßnahmen zu ergreifen. Eine Frauenquote per Gesetz wäre ein schwerwiegender Eingriff in die private Vertragsfreiheit. Und es ist nicht die Aufgabe von Politikern, Unternehmen ihre Personalpolitik zu diktieren.

Wenn jedoch bei der Frauenbeteiligung keine deutliche Veränderung eintritt, wird die Bundesregierung zu einer gesetzlichen Regelung kommen müssen. Den Unternehmen muss klar sein: Ändert sich nichts, dann bleibt nur die Möglichkeit einer Frauenquote.

Ich setze mich vor allem dafür ein, die Rahmenbedingungen für Frauen und Männer in Führungspositionen zu ändern und an der Etablierung einer neuen Unternehmenskultur mitzuwirken. Ich möchte liberale Rahmenbedingungen schaffen, die Möglichkeiten eröffnen.

Und das heißt vor allem: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss gewährleistet sein, sodass Männer und Frauen sich nicht zwischen Karriere und Familie entscheiden müssen, sondern beides in ihrer Lebenswirklichkeit vereinen können.

Dass man eine Quote nicht unbedingt braucht, zeigt unsere niedersächsische Landesgruppe im Bundestag. Wir sind vier Frauen und fünf Männer, die sich gemeinsam überaus konstruktiv für die Belange Niedersachsens in Berlin einsetzen.

Ähnlich ist es im Kreisvorstand der FDP in Oldenburg: Unter neun stimmberechtigten Mitglieder sind drei Frauen und eine Frauenpolitische Sprecherin.